

Was uns bewegt

FRANZISKA TROST
franziska.trost@kronenzeitung.at

Keine Zahlen

Eine Freundin war mit ihrem kleinen Sohn schnell zu einem Restaurant in die Wiener Innenstadt gefahren, um Essen abzuholen. Weil es schon dunkel war, wollte er lieber im Auto bleiben – natürlich in Sichtweite. Obwohl sie nur wenige Minuten brauchte, fiel er ihr erleichtert um den Hals: „Mama, ich hatte solche Angst, dass du erschossen wirst.“

Es ist eine traurige kleine Momentaufnahme unserer Zeit. Eine, die zeigt, wie sich die Schwere der vergangenen Tage in Kinderseelen frisst. Tage, die schon für uns Erwachsene so schwierig zu verstehen sind – wie soll das dann einem Kind gelingen?

Jetzt, da die Corona-Zahlen in unkontrollierbare Höhen steigen, wird wieder auf dem Rücken der Kinder diskutiert. Schulen auf oder zu? Sind sie die großen Virenschleudern oder nicht? Mathematiker verwandeln Kinder jetzt in nüchterne Zahlen, die dramatisch klingen – und unterm Strich verschlossene Klassenzimmer ergeben. Doch Kinder sind eben keine Zahlen. Bereits das Frühjahr war eine Riesenherausforderung für sie, jetzt scheint alles noch einmal viel schlimmer zu werden. . . . Und dann müssen sie auch noch mit dieser Nacht fertig werden, die uns alle in Angst versetzte. Jetzt nur als bedrohliche Statistik gesehen zu werden, das haben sich unsere Kinder nicht verdient.

Vielleicht erwächst da eine Generation, die uns in ihrer Resilienz und Stärke überraschen wird. Doch dafür braucht sie definitiv Unterstützung – und ihr kleines Stückchen Normalität in einer verrückten Zeit.

➤ Beratung von Opfern sei laut SPÖ-NR Yildirim schwierig,

Stalking: Weitergabe

Seit 2006 ist Stalking strafbar. Knapp 40.000 Anzeigen gingen seither bundesweit ein, es kam zu 2863 Verurteilungen (Stand Oktober 2020, Justizministerium). Die Tiroler NR und SPÖ-Justizsprecherin Selma Yildirim fordert eine verpflichtende Weitergabe der Daten von Opfern seitens der Polizei an die Gewaltschutzzentren.

Jede siebente Frau ist ab ihrem 15. Lebensjahr von Stalking – beharrliche Verfolgung, wie es gesetzlich heißt – betroffen, das betont der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser. Laut dem Sicherheitspolizeigesetz ist der Bundesminister für Inneres ermächtigt, Opfer-schutzeinrichtungen mit der Beratung und Unterstützung zu betrauen. Vertrag-

„Opfer von Stalking müssen wie Opfer von Gewalt unterstützt werden“, so Yildirim.



Foto: SPÖ/Die Fotografen

lich sind die Gewaltschutzzentren bzw. die Interventionsstelle zuständig.

„Einrichtungen erhalten häufig die Daten nicht“

„Doch die Beratung und Unterstützung von Betroffenen ist schwierig, da die Opferschutz-einrichtungen – auch jene in Tirol – häufig die Daten der Opfer nicht erhalten. Denn es besteht keine gesetzlich normierte Verpflichtung zur Weitergabe von Daten der Stalking-opfer seitens der Polizei an die Gewaltschutzzentren“, erklärt Yildirim. Eine proaktive Kontaktaufnahme mit den Opfern sei lediglich nach Betretungs- und Annäherungsverboten



Insgesamt 2863 Stalking-Anzeigen hat es in Österreich von 2006 bis zum ersten Halbjahr 2020 gegeben.

möglich, da nur in jenen Fällen die personenbezogenen Daten übermittelt werden.

In der Praxis werden nur selten Stalkinganzeigen an die Zentren weitergeleitet. Somit bleibe vielen Opfern die Hilfe verwehrt. Hinzu komme, dass Betroffenen Details zu Rechten wie etwa Prozessbegleitung oder möglichen Schadenersatzansprüchen anderweitig oft nicht zur Verfügung stehen.

weil Angaben oftmals fehlen ➤ Sie stellt eine klare Forderung

von Daten verpflichteten



Um die Situation zu verbessern, hat die SPÖ-Justizsprecherin nun einen Antrag im Nationalrat eingebracht: Bei Stalking-Anzeigen soll die Polizei die Daten verpflichtend an die Gewaltschutzzentren weitergeben. Etwas, das diese laut Yildirim seit Jahren fordern. „Stalking-Opfer sind meist psychisch sehr belastet. Die Polizei sollte aus diesem Grund unverzüglich ein

Kontaktverbot anordnen können und die Dokumentation an die Gewaltschutzzentren übermitteln. Auf diese Weise könnten die Zentren aktiv Kontakt mit den Betroffenen aufnehmen“, schildert Yildirim.

Adaptionen auch für Cybermobbing gedacht

Auch für „fortgesetzte Gewaltausübung“ sowie „fortgesetzte Belästigung im We-

ge einer Telekommunikation oder eines Computersystems“ (also sprich Cyberstalking) soll dies gelten.

Die Tiroler Nationalrätin hat Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) und Justizministerin Alma Zadić (Grüne) mit der Causa konfrontiert – und zwar mittels einer schriftlichen parlamentarischen Anfrage, siehe Artikel unten.

Jasmin Steiner

➤ Anfragebeantwortung von Innenminister Nehammer und

„Keine gesetzlichen

Am 8. September haben Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) und Justizministerin Alma Zadić (Grüne) auf die schriftliche parlamentarische Anfrage geantwortet. Daraus geht hervor, dass gesetzliche Änderungen in dieser Angelegenheit derzeit nicht geplant seien – „da es bereits eine entsprechende gesetzliche Regelung gibt“.

Auf die Frage, ob Nehammer eine Initiative zur gesetzlichen Normierung der Datenweitergabe bei Stalking seitens der Polizei an die Opferschutz-einrichtungen plane, sagt er: „Im Bundesministerium für Inneres gibt es diesbezüglich derzeit kein Planungsvorhaben zu

gesetzlichen Änderungen.“ Die Datenweitergabe nach der Verhängung eines Betretungs- und Annäherungsverbotesei gesetzlich und erlassmäßig dahingehend klar geregelt, dass bei Ausspruch eines dieser Verbote die Dokumentation den Gewaltschutzzentren zu übermit-

teln sei. „Ein geforderter Gesetzesentwurf ist aus diesem Grund obsolet, da es bereits eine entsprechende gesetzliche Regelung gibt“, erklärt der Innenminister.

„Sicherheitsbehörden dürfen Daten vermitteln“

Anders formuliert: „Die Sicherheitsbehörden dürfen personenbezogene Daten an Einrichtungen übermitteln, soweit dies zum Schutz gefährdeter Menschen oder zur Gewaltpräventionsberatung erforderlich ist.“

Justizministerin Zadić liegt bereits vor ➤ Darin wird betont:

Änderungen geplant“

Justizministerin Alma Zadić (Grüne) stellt hingegen klar: „Eine gesetzliche Normierung der Datenweitergabe im Falle der Bedrohung von beharrlicher Verfolgung durch die Polizei fällt nicht in meinen Zuständigkeitsbereich.“

Minister können sich nicht damit anfreunden

Sie betont zudem: „Eine proaktive Kontaktaufnahme durch Opferschutz-einrichtungen ist im Strafverfahren nicht vorgesehen, daher

auch keine dementsprechende Datenübermittlung an Opferschutz-einrichtungen.“

Daraus lässt sich ableiten,

Justizministerin Alma Zadić und Innenminister Karl Nehammer nahmen bereits Stellung zur Causa.



Foto: www.picturedesk.com/HERBERT NEUBAUER / APA

Klimakrise Fragen & Antworten



HELGA KROMP-KOLB

Helga Kromp-Kolb ist Professorin an der Universität für Bodenkultur in Wien und Österreichs führende Expertin für Klimaschutz.

Wie viel Kohlenstoff speichert der Boden?

Böden sind eine wichtige Senke für Kohlendioxid aus der Atmosphäre. Das hat einen positiven Effekt auf das Klima, trägt aber auch zur Verbesserung der Bodenqualität und zur Ertragsfähigkeit bei. Organischer Kohlenstoff hat nämlich physikalische, chemische und biologische Eigenschaften, die der Gesundheit des Bodens zuträglich sind und seine Toleranz gegenüber Störungen – wie Dürre oder Starkregen – stärken.

Die Bodenart bestimmt den maximal möglichen Kohlenstoffgehalt; die tatsächlich aufgenommene Menge an Kohlenstoff ergibt sich aus dem Eintrag durch Pflanzen und tote tierische Lebewesen und den Verlusten durch mikrobielle Bodenzerersetzung, Erosion und Entnahme bei der Produktion. Von Mikroben wird etwa die Hälfte des Kohlenstoffes wieder in Kohlendioxid umgewandelt und freigesetzt, weshalb Böden sowohl Senker als auch Quellen von CO₂ sind. Wird kein Kohlenstoff eingebracht, verarmt der Boden, denn die Zersetzung findet kontinuierlich statt. Der Kohlenstoffgehalt steigt von Acker zu Forst zu Grünland und von konventioneller zu biologischer Bewirtschaftung.

Je nach Bodenart liegt der Humusgehalt in Österreich zwischen 2,5% und 3,5%, kann aber auch Werte über 5% erreichen. Die steigende Tendenz ist wichtig für den Klimaschutz.

Sie haben Fragen zur Klimakrise? Dann schreiben Sie uns doch an klimakrise@kronenzeitung.at